

Guinea: Außenpolitik

21.03.2019 - Artikel 

Grundlagen der Außenpolitik

Traditionelle außenpolitische Grundpositionen Guineas waren seit der Unabhängigkeit 1958 die Blockfreiheit und eine panafrikanische Perspektive. Guinea gehört zu den Gründungsmitgliedern der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), Vorläuferin der heutigen Afrikanischen Union (AU). Dieser Einsatz setzt sich bis heute fort. 2017 hatte Guinea durch seinen Präsidenten Alpha Condé den Vorsitz der AU inne.

Guinea hat im Rahmen seines sicherheitspolitischen Engagements in der Afrikanischen Union sowie bei Friedensmissionen der Vereinten Nationen wiederholt Kontingente gestellt. Während der Bürgerkriege in Liberia (1989 – 2003) und Sierra Leone (1991 – 2002) war Guinea sowohl in der Überwachungsgruppe der westafrikanischen ECOWAS-Staaten (ECOMOG) beteiligt wie auch Aufnahmeland für eine Million Flüchtlinge aus Liberia und Sierra Leone, zwischen 2002 und 2012 zudem aus der Côte d'Ivoire.

Heute sind fast alle Flüchtlinge in ihre Heimatländer zurückgekehrt. Das sicherheitspolitische Engagement Guineas in der Region setzt sich aber weiter fort: Für die Mission der Vereinten Nationen MINUSMA in Mali stellt Guinea ein Bataillon Soldaten zur Verfügung, das bereits mehrfach das Ziel von terroristischen Anschlägen war.

Wichtig für die Außenbeziehungen sind die zahlreichen Guineer im Ausland, vor allem in den afrikanischen Nachbarländern (Senegal, Mali, Côte d'Ivoire). Ihre Gesamtzahl dürfte mehrere Millionen betragen. Viele Guineer haben bereits in den 1970er und 1980er Jahren aus politischen Gründen bzw. aufgrund der schweren Wirtschaftskrisen das Land verlassen. Weitere Zielländer für guineische Migration innerhalb Afrikas waren unter anderem Äquatorial-Guinea und Angola. Migration nach Europa (vor allem Spanien, Frankreich, Belgien, Italien, auch Deutschland) und Nordamerika, wenn auch in deutlich geringeren Dimensionen, gibt es gleichfalls schon seit Jahrzehnten. Neuerdings wächst auch die Migration aus Guinea in Länder Asiens und des Nahen Ostens.

Beziehungen zu anderen Staaten

Während der ersten Republik (1958 – 1984) orientierte sich Guinea teilweise an der Sowjetunion und anderen kommunistischen Staaten, pflegte aber aus wirtschafts- und entwicklungspolitischen Gründen ebenfalls die Kontakte zu den USA und anderen westlichen Staaten, seit Mitte der 70er Jahre auch wieder mit Frankreich.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts richtete sich die guineische Außenpolitik stärker auf die eigene Subregion und auf wirtschafts- und entwicklungspolitische Interessen aus. Diese Politik wurde seit 2010 unter der Regierung von Staatspräsident Condé noch verstärkt, vor allem durch das Werben um internationale Investoren.

Unter den weiteren Partnern außerhalb der engeren westafrikanischen Region sind vor allem Marokko, die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien und die Türkei zu nennen.

Die Europäische Union ist mit ihren Mitgliedstaaten wichtigster Partner der allgemeinen und der Entwicklungszusammenarbeit. Unter den EU-Mitgliedern spielt Frankreich in allen Bereichen der Zusammenarbeit die mit weitem Abstand wichtigste Rolle. Von den EU-Mitgliedstaaten sind neben Frankreich und Deutschland auch Spanien und das Vereinigte Königreich und neuerdings auch Belgien und Italien mit Botschaften in Conakry vertreten.

Die Beziehungen zu den USA, Kanada und Russland sind traditionell aus rohstoffpolitischen Gründen ausgeprägt. Deutlich verstärkt hat sich in den letzten Jahren – wie in ganz Afrika – die Präsenz Chinas in Guinea. Dies betrifft sowohl die Nutzung der Bodenschätze wie den Bereich der Infrastruktur. Mittlerweile dürften Chinesen die größte nicht-afrikanische ausländische Gemeinde in Guinea stellen. Wirtschaftspolitisch gewinnt China für Guinea immer mehr an Gewicht.

Die Ebola-Epidemie von 2014/15 war mit einer zwischenzeitlichen Einschränkung internationaler Kontakte in verschiedenen Bereichen verbunden, nicht zuletzt durch die Ausreise von zahlreichen ausländischen Experten. Mittlerweile hat sich die Lage wieder normalisiert. Andererseits führte Ebola auch zu einer Intensivierung der internationalen Kooperation im Gesundheitsbereich und zu einer besonderen Unterstützung Guineas für den Wiederaufbau Post-Ebola.

Essentiell ist für Guinea die Mitgliedschaft in der Westafrikanischen Gemeinschaft ECOWAS/CEDEAO, wegen der gemeinsamen Politiken zum Beispiel bei Zoll- und Wirtschaftsfragen oder bezüglich der Freizügigkeit der Bürger. Den Nachbarländern Sierra Leone, Liberia und Côte d'Ivoire ist Guinea durch die Union des Mano-Flusses als Forum der Zusammenarbeit verbunden.

Hinweis:

Dieser Text stellt eine Basisinformation dar. Er wird regelmäßig aktualisiert. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben kann nicht übernommen werden.

